



OSTALBKREIS



## DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Veranstaltung zum Tag der deutschen Einheit  
mit Ausstellungseröffnung am 1. Oktober 2015  
im Landratsamt Ostalbkreis in Aalen

## Herausgeber

Landratsamt Ostalbkreis  
Stuttgarter Straße 41  
73430 Aalen  
Telefon 07361 503 1247  
www.ostalbkreis.de

## Bildnachweis

Bundesregierung / Klaus Lehnartz  
Auswärtiges Amt  
Bundesstiftung Aufarbeitung

## Textnachweis

Bundesstiftung Aufarbeitung

© 2015

Landratsamt Ostalbkreis



Auswärtiges Amt

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG



Titelseite: Veranstaltung zum Abbau des Kontrollgebäudes am ehemaligen Alliierten- und Diplomaten-Grenzübergang ‚Checkpoint Charlie‘, mit v.l.: Markus Meckel, DDR-Außenminister; Ingrid Stahmer, Bürgermeisterin Berlin West; Robert Corbett, britischer Stadtkommandant; Douglas Hurd, Außenminister von Großbritannien; Raymond E. Haddock, amerikanischer Stadtkommandant; James Baker, Außenminister der USA; Francois Cann, französischer Stadtkommandant; Roland Dumas, Außenminister Frankreichs; Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen; Eduard Schewardnadse, Außenminister der Sowjetunion und Tino Schwierzina, Bürgermeister von Berlin Ost.

## INHALT

- 4 **Vorwort**  
Landrat Klaus Pavel
  
- 5 **Einführungsreferat**  
Dr. Alfred Geisel
  
- 18 **Der Weg zur deutschen Einheit**  
Texte und Ausstellungsplakate  
Dr. Ulrich Mähler
  
- 34 **Weiterführende Informationen**



Dr. Alfred Geisel, Landrat Klaus Pavel und an der Ausstellung interessierte Schülerinnen

## VORWORT

In diesem Jahr jährt sich die deutsche Wiedervereinigung zum 25. Mal. Aus diesem Anlass haben das Auswärtige Amt und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Ausstellung herausgegeben, die den Weg zur Deutschen Einheit von der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 nachzeichnet.

Der Fokus liegt dabei gleichermaßen auf der innerdeutschen Entwicklung wie den diplomatischen Verhandlungen (Zwei-plus-Vier-Gespräche), die den Weg zur Wiedervereinigung im Einvernehmen mit den europäischen Nachbarn sowie den USA ermöglichten.

Autor und Kurator der Ausstellung ist der Zeithistoriker Dr. Ulrich Mähler, der den Arbeitsbereich Wissenschaft in der Bundesstiftung Aufarbeitung leitet. Ihm gilt mein aufrichtiger Dank, da er seine vollständigen Texte auf zuvorkommende Weise für diese Broschüre zur Verfügung gestellt hat.

Ganz herzlich danke ich auch Herrn Landtagsvizepräsident a.D. Dr. Geisel, der Sprecher der Regi-

onalgruppe Baden Württemberg der Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ ist und auf dessen Initiative diese interessante Ausstellung vom 1. Oktober bis 22. November 2015 im Landratsamt Ostalbkreis in Aalen gezeigt werden konnte. Auch in den vergangenen Jahren hat Herr Dr. Geisel zahlreiche Veranstaltungen zur politischen Bildung im Ostalbkreis ermöglicht und in beispielloser Weise eröffnet.

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir nun die Gelegenheit nutzen, sein ausgefeiltes Einführungsreferat sowie die Texte der oben genannten Ausstellung auch einem größeren Personenkreis zur Verfügung zu stellen. Insbesondere Schulklassen und Lehrkräfte möchten wir dazu einladen, sich über das übliche Unterrichtsmaterial hinaus mit der Einigung Deutschlands zu beschäftigen. Gleichsam soll diese Broschüre als möglicher Beginn für weitere Veröffentlichungen in dieser Form stehen. Ich wünsche Ihnen eine bereichernde Lektüre.



Klaus Pavel  
Landrat

*Rede von Landtagsvizepräsident  
a.D. Dr. Alfred Geisel zur Ausstel-  
lungseröffnung am 1. Oktober  
2015 im Landratsamt in Aalen*

*I.*

Übermorgen, am 3. Oktober, jährt sich für uns Deutsche ein wahrhaft geschichtsträchtiger Tag zum 25. Mal. Am 3. Oktober 1990 trat der am 20. August 1990 von der Volkskammer der DDR und tags darauf vom Deutschen Bundestag verabschiedete Beschluss über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Mit diesem Vorgang fand der Vereinigungsprozess der seit 1949 getrennten beiden Teile Deutschlands staats- und völkerrechtlich seinen Abschluss. Gerade uns Älteren sind jene zum Teil überschwänglichen Freudenfeste, die an diesem 3. Oktober 1990 überall in Deutschland - im Osten wie im Westen und ganz besonders in Berlin - gefeiert wurden, noch lebhaft in Erinnerung. An diesem Tag wurde Wirklichkeit, was in der mehr als 40 Jahre währenden Trennungszeit kaum mehr erhofft worden war und was deshalb einem historischen Wunder gleichkam.

Der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung wurde vom Bundesaußenministerium und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Anlass genommen, unter dem Titel „Der Weg zur Deutschen Einheit“ eine Ausstellung zusammenzustellen, um damit diesen historisch so bedeutsamen Vorgang zu würdigen. In 20 Ausstellungsplakaten hat der aus Baden-Württemberg stammende Historiker Dr. Ulrich Mähler, der seit mehr als zehn Jahre Leiter des Arbeitsbereiches Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit der Bundesstiftung ist, eine anschauliche und fundierte Dokumentation geschaffen, die durch entsprechende Texte und über 150 Photos nicht nur die Geschichte der friedlichen Revolution des Jahres 1989 beschreibt, sondern auch auf die daraus erwachsenen innerdeutschen und weltpolitischen Implikationen eingeht.

Im Namen der Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, deren Landesvorsitzender ich lange war, freue ich mich sehr, dass wir auch diese Ausstellung in bewährter und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Ostalbkreis in dessen Kreishaus

der Öffentlichkeit präsentieren können. Ich danke deshalb insbesondere Ihnen, lieber Herr Landrat Pavel und ihrer zuverlässigen und aufgeschlossenen Mitarbeiterin Frau Judith Bildhauer für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und der Durchführung der Ausstellung und ich hoffe sehr, dass diese bei den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und des gesamten Landkreises und vor allem bei vielen jungen Menschen die erhoffte Resonanz findet.

Ich sehe nun meine Aufgabe in dem mir übertragenen Referat nicht darin, die einzelnen Schautafeln und deren Inhalt minutiös zu beschreiben und zu kommentieren. Sie alle, meine Damen und Herren, sind des Schauens und des Lesens kundig und können beim Rundgang durch die Ausstellung Ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Ich will mich vielmehr in meinem Einführungsreferat auf drei Themen konzentrieren, die mir wichtig erscheinen:

In einem ersten Teil soll nochmals auf die dramatischen Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 eingegangen werden, die schließlich zur Wiedervereinigung geführt haben. Ich werde dabei auch einige Fak-

ten ansprechen, die in der Ausstellung nur cursorisch behandelt sind oder keinen Eingang gefunden haben.

In einem zweiten Teil will ich den Versuch einer Bewertung unternehmen, wie es um die Deutsche Einheit 25 Jahre nach den historischen Ereignissen des 3. Oktober 1990 bestellt ist.

In einem letzten Abschnitt sollen einige Gedanken zu der Frage entwickelt werden, ob und in welchem Umfang sich die Stellung des wiedervereinigten Deutschlands in Europa und der übrigen Welt im Vergleich zu der Zeit vor 25 Jahren verändert hat.

## II.

Wer sich die dramatischen Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 in der damaligen DDR nochmals vergegenwärtigt, wird unwillkürlich an den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand im Juni 1953 erinnert. Im Ergebnis handelte es sich in beiden Fällen um das Aufbegehren gegen eine diktatorische Allmacht der Staatsgewalt und um das Verlangen nach mehr persönlicher Freiheit. Gleichwohl scheint es mir geboten, vor vorei-

ligen Parallelen zu warnen. Allein schon deshalb weil die Folgen dieses Aufbegehrens völlig andere waren. Hinzu kommt, dass die Umstände in der DDR vor 25 Jahren nur bedingt vergleichbar waren mit denen des Jahres 1953. Nur anhand weniger Beispiele soll dies verdeutlicht werden: So war die wirtschaftliche Situation der DDR im Hinblick auf die damalige allgemeine Entwicklung in der übrigen Welt wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1989 wesentlich schlechter. Die Versorgungsschwierigkeiten der Bevölkerung, aber auch die Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Staatsgewalt hatten sich in den 80iger Jahren deutlich verschärft. Im Ergebnis stand die DDR in diesen Jahren vor dem Staatsbankrott, der zu einem erheblichen Teil nur dadurch verhindert wurde, dass der 1983 durch den bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß und dem kürzlich am Tegernsee verstorbenen Chef für Außenhandel der DDR, Alexander Schalk-Golokowski, vereinbarte Deal der DDR einen von einem westdeutschen Bankenkonsortium gewährten Milliardenkredit bescherte.

Von Bedeutung für die Stimmung

in der DDR-Bevölkerung waren zweifellos auch die von der Bundesregierung unter den Kanzlern Willi Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl ertretzten Passierscheinabkommen der 70iger und 80iger Jahre, die zwar nur einem kleinen Bruchteil der DDR-Bevölkerung eine zeitlich beschränkte Reise in die Bundesrepublik und nach Westberlin ermöglichten. Deren Erkenntnisse über die gewaltigen Unterschiede des Lebens in der Bundesrepublik und in der DDR haben aber zweifelsohne ihren Niederschlag im verstärkten Aufbegehren gegen die misslichen Verhältnisse in der DDR gefunden.

Ganz maßgebend ist dieser Stimmungswandel auch durch den 1975 in Gang gekommenen KSZE-Prozess und die in anderen Ländern des Ostblocks sichtbar gewordenen Freiheitsbewegungen gefördert worden. Beispielhaft erwähnt sei nur die Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ in Polen, die nach ihrem Aufstand in der Danziger Leninwerft im August 1980 zwar gewaltsam unterdrückt wurde, deren Ideen aber in den Köpfen vieler Polen lebendig blieben und schließlich Ende der 80iger Jahre zur Überwindung des kommunistischen Zwangsregimes

in Polen geführt haben. Schließlich muss als ganz besonders wichtiger Umstand dieses Gesinnungswandels der von Michael Gorbatschow eingeleitete staats- und gesellschaftspolitische Wandel in der Sowjetunion als der Führungsmacht im damaligen Ostblock hervorgehoben werden. Trotz des verzweifelten Versuchs der starrköpfigen DDR-Führung unter Erich Honecker, die Ideen von Perestroika und Glasnost zu bekämpfen und vor den Bürgerinnen und Bürgern der DDR zu verheimlichen, gaben diese Ideen den latent immer vorhanden gewesenen Widerstandsbewegungen ungeahnten Auftrieb, staatlichen Zwang, Unterdrückung und Tyrannei durch ein freiheitliches und demokratisches System zu überwinden.

In so mancher Gedenkfeier zur friedlichen Revolution in der DDR wird zuweilen der Eindruck vermittelt, von Anfang an sei in Ost und West das Verlangen nach der staatlichen Einheit der beiden Teile Deutschlands das allein ausschlaggebende Motiv des damaligen Handelns gewesen. Eine solche Feststellung käme freilich einer unzulässigen Verkürzung der damaligen Geschehensabläufe gleich. Wir Älteren erinnern uns

mit Hochachtung und Dankbarkeit der mutigen Massendemonstrationen vom Herbst 1989 in Leipzig, Berlin und vielen anderen Städten der DDR. Anfänglich noch von Sicherheitsorganen der DDR gewaltsam aufgelöst, kam es am 9. Oktober 1989 in Leipzig zu einer Montagsdemonstration mit rund 100.000 Teilnehmern und am 4. November 1989 zu einer weiteren derartigen Demonstration auf dem Ostberliner Alexanderplatz, an der mehr als 800.000 Menschen teilnahmen. Auf beiden Demonstrationen wurde freilich nicht die Auflösung der DDR und deren Anschluss an die Bundesrepublik gefordert, sondern deren Umgestaltung in einen demokratischen Rechtsstaat mit Meinungsfreiheit, freien Wahlen, Ende von Unterdrückungsmaßnahmen und des alleinigen Führungsanspruches der SED – alles untermauert mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“.

Auch die im Herbst 1989 gebildeten Bürgerbewegungen in der DDR – genannt seien das „Neue Forum“ mit den Bannerträgern Bärbel Bohley, Jens Reich und der Witwe des verstorbenen Systemkritikers Wolfgang Havemann sowie die Bewegung „Demokratie jetzt“, deren maßgebende Sprecher

Ulrike Poppe, Katrin Göring-Eckart und Wolfgang Tiefensee waren – erklärten in ihren Gründungsprotokollen und in ihrer praktischen Widerstandsarbeit Freiheit und Menschenwürde, lebendigen Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, demokratische und gesellschaftliche Veränderungen in der DDR, freie Wahlen und die Abschaffung des Führungsanspruchs der SED zum Maßstab und Ziel ihres politischen Handelns. Beide maßgebenden Bürgerbewegungen gingen also zum damaligen Zeitpunkt vom Fortbestehen der Zweistaatlichkeit Deutschlands aus.

Dies gilt auch für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung unter Helmut Kohl und der SPD als größter Oppositionsfraktion unter Hans-Jochen Vogel im Herbst 1989. Noch am 5. September 1989, als die Massenflucht aus der DDR durch die Grenzöffnung in Ungarn bereits ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte, erklärte Bundeskanzler Kohl im Deutschen Bundestag: „Das Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland ist ein wesentliches Element der Stabilität in Europa. Angesichts mancher Stimmen kann ich nur warnend sagen: Wer diese Stabilität gefährdet, muss wissen, welche

Folgen dies für alle Beteiligten haben kann.“ In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Hans-Jochen Vogel namens der SPD-Opposition, für die die Demokratisierung der DDR zum damaligen Zeitpunkt absoluten Vorrang hatte. Dies gilt im übrigen auch für die FDP und ihren Vorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Nach dem Mauerfall in Berlin am 9. November 1989 und der anschließenden Grenzöffnung der bisherigen Übergangsstellen zwischen der Bundesrepublik und der DDR änderte sich diese politische Grundhaltung in Ost und West freilich radikal und in atemberaubender Geschwindigkeit. Dies zeigte sich in den dramatischen Wintermonaten 1989/1990 in mehrfacher Art und Weise. In den weiter anhaltenden Montagsdemonstrationen trat zunehmend zu den Forderungen nach Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit das Begehren nach einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands. Die Devise „Wir sind das Volk“ wurde von der Devise „Wir sind ein Volk“ abgelöst. In dem sog. „10-Punkte-Programm“, das Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 dem Deutschen Bundestag vorlegte, wurde erst-

mals nach der Schaffung einer deutsch-deutschen Konföderation als Übergangslösung die in freier Selbstbestimmung zu erfolgende Vereinigung der beiden deutschen Staaten als anzustrebendes Ziel formuliert. In ähnlichem Sinne trat am gleichen Tag die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit einem 5-Punkte-Programm auf den Plan, das sich von den Zielsetzungen der Bundesregierung nur insoweit unterschied, als der anzustrebende Wiedervereinigungsprozess in stärkere Abhängigkeit zum gesamteuropäischen Einigungsprozess gebracht wurde.

Von besonderer Dramatik war die politische Entwicklung in der DDR geprägt. Nach dem Sturz Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 und dem Rücktritt des gesamten DDR-Ministerrates am 8. November wurde der pragmatische Hans Modrow, bis dahin Chef des SED-Bezirks Dresden, zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Auf seinen Vorschlag beschloss die DDR-Volkskammer im Februar 1990 ein neues Wahlgesetz, das erstmals freie und demokratische Wahlen zu einem Parlament in der DDR ermöglichte. Nach Durchführung dieser Wahlen zur Volkskammer, die am 18.

März 1990 stattfanden und aus denen ein Dreiparteien-Bündnis, bestehend aus CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutscher sozialer Union, als Sieger hervorging wurde am 12. April 1990 unter dem CDU-Politiker Lothar de Maiziere als Ministerpräsidenten eine Große Koalition gebildet, der auch die im September 1989 neu gegründete Ost-SPD angehörte. Damit war der Weg für Einigungsverhandlungen durch frei gewählte Volksvertretungen und Regierungen in Ost und West frei. Ein besonderer Markstein auf diesem Weg war der Abschluss der sog. „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, die bereits am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Durch diese Vereinbarung wurde unter anderem die Mark der DDR durch die D-Mark ersetzt, das Währungsgebiet der D-Mark also offiziell um das Gebiet der DDR erweitert und die Verantwortung für die Geldpolitik in der DDR auf die deutsche Bundesbank übertragen.

Vergleichbares erfolgte in Bezug auf die bisherige Wirtschafts- und Sozialordnung in der DDR. Dies bedeutete im Ergebnis nichts anderes als die Ersetzung der bisherigen sozialistischen Planwirtschaft durch die in der Bundesrepublik

entwickelte soziale Marktwirtschaft. Der faktische Untergang der DDR und deren Anschluss an die Bundesrepublik, den der damalige Vorsitzende der PDS in der Volkskammer und heutige Oppositionsführer im Deutschen Bundestag Gregor Gysi in bedauernden Worten beredt zum Ausdruck brachte, wurde schließlich durch die bereits eingangs erwähnten Vereinigungsbeschlüsse der Volkskammer und des Deutschen Bundestages vom August 1990 besiegelt. Das wiedervereinigte Deutschland konnte somit am 3. Oktober 1990 innerstaatlich und völkerrechtlich Wirklichkeit werden.

Dies alles hätte freilich ohne die Mitwirkung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges nie geschehen können. Denn es muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass bis zu den dramatischen Ereignissen im Herbst und Winter 1989/1990 nicht nur die beiden deutschen Staaten gesellschaftspolitisch und ökonomisch völlig unterschiedlich ausgerichtet waren, sondern auch international total verschiedenen Bündnissen – hier der Nato, dort dem Warschauer Pakt – angehörten. Zu den bis dato ungelösten Fragen zählte auch die endgültige Festlegung

der Grenze zwischen Deutschland und Polen. Auch muss daran erinnert werden, dass sich die Auffassungen im Hinblick auf eine deutsche Wiedervereinigung innerhalb der Siegermächte deutlich unterschieden. Während die Vereinigten Staaten von Amerika und hier speziell ihr damaliger Präsident Bush der Ältere und dessen Außenminister Baker den sich anbahnenden Wiedervereinigungsprozess aktiv beförderten, standen vor allem Großbritannien, speziell deren Premierministerin Margret Thatcher und mit gewissen Einschränkungen auch Frankreich unter dem damaligen Präsidenten Francois Mitterand dieser Entwicklung sehr kritisch gegenüber. Dies zeigte sich insbesondere bei den sog. Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Sommer 1990, an denen die vier Siegermächte und die beiden deutschen Staaten teilnahmen. Bei diesen Verhandlungen sollten die noch offene Friedensregelung nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der endgültige völkerrechtliche Status eines wiedervereinigten Deutschlands festgelegt werden.

Den zweifelsohne wichtigsten und für sie besonders schmerzlichen Beitrag im Wiedervereini-

gungsprozess hatte freilich die Sowjetunion unter Michael Gorbatschow zu leisten. Man muss auch noch heute nach meiner festen Überzeugung mit Fug und Recht behaupten, dass ohne dessen zukunftsweisende Haltung das Einigungswerk so nicht hätte zustande kommen können, wie es letztendlich geschehen ist. So muss daran erinnert werden, dass Gorbatschow bereits am 9. Februar 1990 – also noch im Anfangsstadium dieses Prozesses – Bundeskanzler Kohl gegenüber die Zusicherung gegeben hat, die Sowjetunion werde einer Wiedervereinigung und einer Eingliederung der DDR in das Rechts- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik nicht widersprechen. Bei diesem und nachfolgenden Gesprächen wurde zusätzlich der stufenweise Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR vereinbart. Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher als Bundesaußenminister erreichten auch die Zusage Gorbatschows, dass das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der NATO bleiben könne. Bis heute ist umstritten, ob diese Zusage Gorbatschows mit dem Vorbehalt verknüpft war, die NATO dürfe sich darüber hinaus nicht auf das Gebiet des damals noch

existierenden Warschauer Paktes erstrecken, der NATO-Erweiterungsbeschluss des Jahres 1997 bzw. 2004 sonach einen Bruch dieses freilich nie schriftlich fixierten Vorbehaltes darstellen würde. Virulent ist diese Frage wieder in jüngster Vergangenheit im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und der neu entflammten Spannungen zwischen Russland und dem Westen geworden.

Mit der in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen schließlich getroffenen Vereinbarung über die Endgültigkeit der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen entlang der Oder-Neiße-Linie wurden die letzten Hürden zum Abschluss dieses Vertrags überwunden, der am 12. September 1990 von den Vertragsparteien in Moskau unterzeichnet wurde.

Dieser Zwei-plus-Vier-Vertrag wird heute als „Meisterwerk der Diplomatie“ bezeichnet, löste er doch innerhalb kürzester Zeit Probleme, die eine ganze historische Epoche geprägt und gestaltet hatten. Er wurde deshalb im Jahre 2011 von der UNESCO in das Programm „Memory of the world“ aufgenommen.

### III.

Wie stellt sich Gesamtdeutschland 25 Jahre nach dem „Wunder der Wiedervereinigung“ von 1990 dar? Lassen Sie mich im 2. Teil meines Referats dazu einige Bemerkungen machen.

Wer heute von Westdeutschland nach Ostdeutschland kommt, wird außer einigen zerfallenden Wachtürmen nichts mehr von der mörderischen Grenze und dem Todesstreifen bemerken, die die ehemalige DDR von der Bundesrepublik hermetisch abriegelten. Auch das Erscheinungsbild der meisten Städte und Gemeinden in den fünf neuen Bundesländern hat sich weitgehend dem im Westen Deutschlands angenähert, ja es ist in Teilen besser, als bei einigen Städten etwa des Ruhrgebietes. Auch die ursprünglich gravierenden Unterschiede des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in den früher getrennten Teilen unseres Landes sind weitestgehend minimiert worden. Eine sehr erfreuliche Bilanz ist auch auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens zu verzeichnen. So schneiden bei wissenschaftlichen Untersuchungen etliche Schulen in den neuen Bundesländern wesentlich besser ab, als entsprechende Schultypen

in der alten Bundesrepublik.

All dies ist in entscheidendem Maße den Transferleistungen im Zuge der Programme zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Wirtschaftsförderung zuzuschreiben. Dieser sog. „Aufbau Ost“ schlägt nach überschlägigen Schätzungen bisher mit ca. 300 bis 400 Milliarden Euro zu Buche. Rechnet man die gesamten Transferleistungen, also auch die Übernahme von DDR-Verbindlichkeiten und die einigungsbedingten Sozialleistungen hinzu, die größtenteils zu Lasten der Renten- und Arbeitslosenversicherung gehen, so ergibt sich nach übereinstimmenden Schätzungen die stolze Summe von ca. 1,3 Billionen Euro, die in den letzten 25 Jahren von West nach Ost geflossen sind. Angesichts dieser Tatsachen mehrten sich im politischen Bereich die Stimmen, damit müsse es nunmehr endlich finanziell sein Bewenden haben. So wird beispielsweise die Diskussion über die angestrebte Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auch von dieser Frage beherrscht.

Diese Aufbauleistungen stellen zweifelsohne eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz dar. Freilich sind sie

aber nur die eine Seite der Medaille. Auch an einem Gedenktag wie dem heutigen sollte nicht verschwiegen werden, dass es eine ganze Reihe von Entwicklungen gibt, die darauf hindeuten, dass der Einigungsprozess keineswegs als abgeschlossen angesehen werden kann und die zu vertieftem Nachdenken Anlass geben.

So weist etwa das Bruttosozialprodukt trotz der enormen Transferleistungen nach wie vor enorme Unterschiede zwischen Ost und West auf. Lag dieses 2013 in der alten Bundesrepublik bei ca. 35.000 Euro pro Einwohner, so wurde es in den neuen Bundesländern mit rund 24.000 Euro deutlich unterschritten. Sämtliche fünf neuen Bundesländer liegen im Ländervergleich nach wie vor mit Abstand am Ende der Länderskala. Auch liegen die Arbeitslosenzahlen im Osten unserer Republik trotz einer erkennbaren Annäherung auch in diese Jahr noch um rund 3 Prozent höher als im Westen. Besonders bedenklich stellt sich jedoch die Bevölkerungsentwicklung im Osten Deutschlands dar. So hatten die ostdeutschen Bundesländer in der Zeit von 1990 bis 2013 mit etwa 1,6 Millionen Menschen einen Bevöl-

kerungsverlust von rund 10% zu verkraften. Da vor allem jüngere Menschen dem Osten den Rücken kehren, verschiebt sich auch der Altersdurchschnitt zunehmend zum Nachteil der neuen Bundesländer. Zwar ist die bisweilen zu hörende Vokabel vom „Altersheim ehemalige DDR“ stark übertrieben, ja böswillig. Die aufgezeigte Entwicklung gibt jedoch m. E. zu erheblicher Sorge Anlass.

Manche Enttäuschungen ehemaliger DDR-Bürger – genährt durch übertriebene Erwartungen und leichtfertige Versprechungen vor und nach der Wende – haben zunehmend dazu geführt, dass in manchen Teilen der Bevölkerung im Osten Deutschlands eine merkwürdige DDR-Nostalgie Platz gegriffen hat und vor allem ehemalige DDR-Funktionäre unverhohlen von den „sozialistischen Errungenschaften“ des früheren Systems schwärmen. Und da erfahrungsgemäß politische Extreme merkwürdige Verwandtschaften untereinander aufweisen, ist zumindest die Anfälligkeit für rechtsextremistisches Gedankengut in den neuen Bundesländern ausgeprägter als in Westdeutschland.

Nicht von ungefähr saßen und sit-

zen teilweise noch Parteien wie die NPD und DVU in einigen ostdeutschen Länderparlamenten und in kommunalen Wahlgremien. Erinert sei in diesem Zusammenhang auch an die verbrecherischen Untaten des nationalsozialistischen Untergrunds, der seinen Ursprung in Sachsen und in Thüringen hatte und dessen Netzwerk bis heute der vollständigen Aufhellung entbehrt. Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass die fremdenfeindliche Pegida-Bewegung von Dresden aus ihr Unwesen über Gesamtdeutschland ausgebreitet hat und die menschenverachtenden Gewaltmaßnahmen und Brandstiftungen gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte im Osten noch ausgeprägter sind, als dies zwischenzeitlich auch in der alten Bundesrepublik und bei uns in Baden-Württemberg – Gott sei es geklagt – der Fall ist.

Letztlich sei in diesem Zusammenhang auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2013 verwiesen, in der eingehend die virulenten rechtsextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung Gesamtdeutschlands untersucht worden sind. Dabei kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass im Vergleich zum Jahre 2009 v.a. da-

durch ein Anstieg rechtsextremen Denkens zu verzeichnen war, weil dieser in Ostdeutschland von 10,5 auf 15,8 % stark überdurchschnittlich zugenommen hat.

Um nicht missverstanden zu werden: Durch die Erwähnung dieser Fakten soll die Freude über das gelungene Einigungswerk der Jahre 1989 und 1990 keineswegs geschmälert oder gar schlechtgeredet werden. Aber es gehört aus meiner Sicht zu den Geboten der politischen Redlichkeit, ob all dieser berechtigten Freude auch auf die Schattenseiten hinzuweisen, den der Einigungsprozess nach sich gezogen hat und die noch eine Menge Arbeit und entsprechender politischer Entscheidungen bedürfen.

#### IV.

Gestatten Sie, dass ich Ihre Aufmerksamkeit noch für einige Minuten in Anspruch nehme, um in einem 3. Abschnitt noch einige Bemerkungen zu der Frage vorzutragen, in welchem Umfang sich die Stellung und Bedeutung des größer gewordenen Deutschlands in Europa und der Welt verändert hat. Bei nüchterner Betrachtung kann es m. E. keinem Zweifel

unterliegen, dass Deutschland im Weltgeschehen heute eine andere Rolle zu spielen hat, als dies noch vor 25 Jahren der Fall war. Schon auf Grund ihrer geographischen Lage ist die größer gewordene Bundesrepublik zunehmend in den Mittelpunkt Europas gerückt. Mit ihren rund 82 Millionen Einwohnern ist sie auch bevölkerungsmäßig die mit Abstand größte Nation unseres Kontinents. Stellt man schließlich in Rechnung, dass Deutschland auch in Bezug auf seine Wirtschaftskraft und seine Wirtschaftsdynamik den anderen europäischen Staaten deutlich überlegen ist, so leitet sich aus all diesen Komponenten eine politische Verantwortung ab, die so vor 25 Jahren nicht absehbar war.

Diese gestiegene Verantwortung bringt zwangsläufig neue Herausforderungen im politischen Handeln der Bundesrepublik mit sich, die Chancen aber auch Risiken beinhalten. War etwa ein militärisches Engagement außerhalb der eigenen Landesverteidigung vor 1990 nahezu undenkbar, so gehören Bundeswehreinätze im Rahmen von UN-Schutzmaßnahmen oder anderer internationaler Verpflichtungen zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr, die

weit überwiegend vom Parlament und der Öffentlichkeit als notwendig anerkannt werden. Weit mehr noch ist die gestiegene politische Verantwortung unseres Landes im Zusammenhang mit der Bewältigung finanzieller und wirtschaftlicher Krisen deutlich geworden, die Europa vor allem in den letzten Jahren erschüttert haben. Dies hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik und ihre verantwortlichen politischen Repräsentanten zu Hauptakteuren europäischer Politik geworden sind. erinnert sei in diesem Zusammenhang etwa an die bestimmende Rolle, die Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Bemühen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Griechenland und anderer südeuropäischer Staaten und die damit verbundene Eurokrise in begehbarer Bahnen zu lenken, gespielt hat.

Nicht unerwähnt im Zusammenhang mit der gestiegenen Verantwortung dürfen auch die vielfältigen vermittelnden Bemühungen bleiben, die etwa Bundesaußenminister Steinmeier beim Zustandekommen des Atomabkommens mit dem Iran und bei der Bewältigung der Ukraine-Krise unternommen hat. Und es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass in der gegenwärtigen alle

anderen politischen Geschehnisse überlagernden Flüchtlingskrise der Bundesrepublik eine Herkulesaufgabe wächst, dafür zu sorgen, dass die Einheit Europas nicht an nationalen Egoismen zu zerbrechen droht.

Freilich ist diese gestiegene Verantwortung und deren Handhabung nicht ohne Risiken. So darf nicht verkannt werden, dass auch Deutschland wohlgesonnene politische Repräsentanten und publizistische Beobachter in Europa zunehmend vor einer vermeintlichen Übermacht eines „Wirtschaftsriesen“ Deutschland warnen. Zwar besteht aller Grund, sich gegen beleidigende Karikaturen verantwortlicher deutscher Politiker zu wehren und etwa das Gespenst vom angeblich aufziehenden „Vierten Reich“ in die Kategorie verquerer Phantasie zu verweisen. Aber gerade im Hinblick auf unsere eigene unheilvolle Vergangenheit, die uns die verbrecherische NS-Gewaltherrschaft beschert hat, haben wir allen Grund, solche Befürchtungen nicht einfach vom Tisch zu wischen, sondern sie ernst zu nehmen. Sie sollten, wie ich meine, unsere politisch Verantwortlichen dazu veranlassen, bei aller Bestimmtheit ihres Handelns

den Geist der Geduld, der Zurückhaltung und des Kompromisses nicht außer acht zu lassen. Nicht Rechthaberei und Großmannsucht, sondern auch das Verständnis und die Solidarität mit den Schwächeren im internationalen Gefüge scheint mir insoweit das Gebot der Stunde zu sein – im eigenen nationalen, aber insbesondere auch im europäischen Interesse.

Ich bin mir bewusst, dass ich Ihre Geduld sehr lange in Anspruch genommen habe und dass meine Ausführungen inhaltlich den Rahmen gesprengt haben, der sonst bei Einführungsreferaten zu einer Ausstellung üblich ist. Aber vielleicht haben Sie gespürt, dass die angesprochenen Fragen auch einen „Politpensionär“, der ich nun seit etlichen Jahren bin, weiter beschäftigen und umtreiben. Die Freiheit, nicht mehr in der unmittelbaren politischen Verantwortung zu stehen, ermöglicht es auch, seine eigenen Gedanken und Meinungen etwas offener und unverblümter zum Ausdruck zu bringen, als dies wohl früher geboten gewesen wäre. Wenn ich insoweit auf Ihr Verständnis gestoßen bin, freut mich dies und ich danke Ihnen herzlich dafür.

## AUSSTELLUNG DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

### 2. Oktober 1990 Der letzte Tag der DDR



Dienstag, 2. Oktober 1990. Es ist Tag 14.970 der DDR. Ein Staat wird abgewickelt. Zum letzten Mal kommen die Volkskammerabgeordneten zusammen, um das DDR-Parlament im Rahmen einer Festveranstaltung aufzulösen. In Bonn und Ost-Berlin beenden die Ständigen Vertreter der DDR und der Bundesrepublik ihre Tätigkeit. Der Ost-Berliner Minister für Abrüstung und Verteidigung Rai-

ner Eppelmann entlässt mit dem letzten Tagesbefehl alle NVA-Angehörigen mit Ablauf des Tages aus ihren Verpflichtungen. Um 21 Uhr beginnt im Ost-Berliner Schauspielhaus der offizielle Festakt. Derweil versammeln sich vor dem Reichstag und um das Brandenburger Tor Hunderttausende in ausgelassener Stimmung. In Leipzig kommt Sarah K. zur Welt. Sie ist das letzte in der DDR geborene Baby. Zwei Minuten später wird die DDR Vergangenheit sein. In einer Fernsehansprache hatte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière am Abend gemahnt: „Die deutsche Einheit ist mit dem Beitritt nicht abgeschlossen. Sie ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen. Sie ist nicht nur eine materielle Frage, sondern eine Frage des praktizierten Gemeinsinns. Die Einheit will nicht nur bezahlt, sondern auch mit den Herzen gewollt sein.“

### 2. Oktober 1989 - Unruhe hinter dem Eisernen Vorhang

Montag, 2. Oktober 1989. Die Vorbereitungen zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober laufen auf Hochtouren. Doch

im Land gärt es seit Monaten. Die Zahl der Ausreiseanträge ist massiv gestiegen. Zehntausende DDR-Bürger nutzen den Sommerurlaub zur Flucht in den Westen. Am 11. September öffnet Ungarn seine Grenze zu Österreich für DDR-Bürger. Tausende suchen in bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau Zuflucht. Am 1. Oktober erreichen die ersten Flüchtlinge aus Prag mit Sonderzügen die Bundesrepublik. Ost-Berlin hat die Ausreise genehmigt, damit die Bilder der überfüllten Botschaft die Staatsfeierlichkeiten nicht überschatten. In „Neues Deutschland“ heißt es zynisch: „Man sollte ihnen ... keine Träne nachweinen.“ Kurz zuvor hatte die Parteiführung dort verlauten lassen: „In den Kämpfen unserer Zeit stehen DDR und VR China Seite an Seite.“ Viele verstehen das als Drohung. Anfang Juni hatte die chinesische Führung den Massenprotest auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gewaltsam beendet. Doch immer weniger Ostdeutsche lassen sich noch einschüchtern. Am Abend gehen in Leipzig 20.000 Menschen auf die Straße. Erstmals ist der Ruf „Wir sind das Volk!“ zu hören.



## Zweigeteilt: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

In der Folge des Zweiten Weltkriegs werden Deutschland und Europa geteilt. Seit 1949 gibt es zwei deutsche Staaten: Die demokratisch verfasste Bundesrepublik ist bald Teil der NATO und der Europäischen Gemeinschaft. Trotz wirtschaftlicher Krisenerscheinungen seit den 1970er-Jahren herrschen in Westdeutschland großer Wohlstand und ein liberaler Geist. Die DDR, die dem Warschauer Pakt und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehört, ist eine Diktatur, in der die kommunisti-



„Wende“ retten. Doch die Massenproteste nehmen weiter zu. Am 9. November führt die unbedachte Äußerung eines SED-Funktionärs zum Mauerfall.

Das Ende der SED-Diktatur ist das Ergebnis massiver ökonomischer Probleme und der Reformunfähigkeit der SED. Ausreisewelle und wachsende Opposition setzen die Partei unter Druck. Den Rahmen bilden die Entspannungspolitik sowie der KSZE-Prozess, die seit den 1970er-Jahren die Opposition im Ostblock befördern, aber auch Gorbatschows Reformen in der Sowjetunion. Sie ermöglichen Polen und Ungarn 1989 die schrittweise Demokratisierung. Ab Sommer gehen DDR-Oppositionelle und Ausreisewillige gemeinsam auf die Straße. Aus dem Gefühl der Stärke und aus Sorge vor dem Verlust der Kreditwürdigkeit im Westen schreckt die SED-Führung vor Gewalt zurück. Die friedlichen Proteste entwickeln eine Eigendynamik, die zum Sturz des Systems führt.

### Die deutsche Einheit rückt auf die Tagesordnung

Mit der Maueröffnung und dem Zerfall der kommunistischen Dik-



tatur rückt plötzlich die Frage der deutschen Einheit auf die politische Agenda. In seiner ersten Regierungserklärung schlägt DDR-Ministerpräsident Hans Modrow eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den beiden Staaten vor. Von einer Wiedervereinigung ist noch nicht die Rede. Anders bei Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieser stellt am 28. November ein 10-Punkte-Programm im Deutschen Bundestag vor, mit dem die „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ erreicht werden soll - im Prozess der europäischen Integration und in einer unbestimmten Zukunft. Bereits wenige Wochen später sind diese langfris-

tigen Vorstellungen überholt. Als Kohl am 19. Dezember bei einem DDR-Besuch in Dresden spricht, skandieren die Menschen: „Wir sind ein Volk!“ Die Mehrheit der Ostdeutschen hat die DDR satt. Für Kohl wird die Wiedervereinigung vom Fern- zum Nahziel, das er mit staatsmännischem Geschick gegen anfängliche Widerstände im Ausland verfolgt. Jene, die in Ost- und Westdeutschland der deutschen Einheit kritisch gegenüberstehen, erfahren in der Presse zwar große Aufmerksamkeit, finden aber nur wenig Widerhall in der Bevölkerung.

### Internationale Reaktionen

In London, Paris und Moskau reagiert man auf das Thema Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend. Am 4. Dezember empfängt Gorbatschow Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der das Treffen als seine „unerfreulichste Begegnung mit dem Generalsekretär“ erinnert: Der 10-Punkte-Plan sei eine „ungenierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der souveränen DDR, so Gorbatschow. Dessen Außenminister Schewardnadse spitzt weiter zu: „Noch nicht

einmal Hitler hat sich etwas Derartiges erlaubt.“ Viele ausländische Beobachter fürchten um das europäische Gleichgewicht. Kommentatoren beschwören ein „viertes Reich“ herauf, das in der Mitte Europas zu entstehen und den Kontinent mit seiner Wirtschaftsmacht zu beherrschen drohe. Nur aus Washington kommt Rücken- deckung von US-Präsident George Bush. Die Reaktionen aus Polen sind erstaunlich positiv. Man ziehe das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht in Zweifel, verlange jedoch ein Mitspracherecht bei allen weiteren Entwicklungen in Deutschland, heißt es dort. Zugleich verlangt Warschau eine

völkerrechtliche Anerkennung seiner Westgrenze, die Bundeskanzler Kohl, anders als Genscher, auf die Zeit nach der Wiedervereinigung vertagen will.

## Einheit und europäische Integration



Am 8. und 9. Dezember 1989 treffen in Straßburg Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher mit elf westeuropäischen Staats- und Regierungschefs zusammen. Eine derart eisige Atmosphäre habe er bei einem europäischen Gipfeltreffen zuvor noch nie erlebt, schreibt Altkanzler Kohl in

seinen Erinnerungen. Nur Spanien und Irland sind klare Fürsprecher der deutschen Einheit. Kohl und Genscher versichern ihren Partnern, ein vereintes Deutschland gehe keine Sonderwege und bleibe engagiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Am Ende des Gipfeltreffens bekräftigen die Teilnehmer - wie so oft zuvor - das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung. Doch es bleiben viele Vorbehalte. Um Deutschland noch stärker in Europa einzubinden, forciert Frankreichs Präsident François Mitterrand nun die laufenden Verhandlungen zu einer europäischen Währungsunion. Die Bundesregierung gibt dem Drängen nach: 1990 nimmt eine Regierungskonferenz die Beratungen zu einem neuen Staatenvertrag auf, und 1993 tritt der Vertrag von Maastricht in Kraft. Mit ihm wird die Europäische Gemeinschaft zur „Europäischen Union“. Zugleich sieht der Vertrag die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung vor.

## Die Selbstdemokratisierung der DDR



Die Maueröffnung beschleunigt den Machtzerfall der SED. Von 2,3 Millionen Mitgliedern bleiben zunächst 285.000. Die bis dahin SED-treuen Blockparteien, allen voran CDU und LDPD, üben sich in Unabhängigkeit. Am 1. Dezember wird der SED-Führungsanspruch aus der Verfassung gestrichen. Im selben Monat benennt sich die SED in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ um. Die Wirtschafts- und Versorgungslage spitzt sich zu. Noch stehen 380.000 sowjetische Soldaten im Land, sitzen SED-Mitglieder

an den Schaltstellen des Staatsapparates und der „bewaffneten Organe“. Seit dem 7. Dezember tagen in Ost-Berlin und bald in der ganzen DDR „Runde Tische“, an denen die alten und neuen politischen Kräfte vertreten sind. Die Opposition versucht von hier aus, die Übergangsregierung Hans Modrows sowie die Bezirks- und Stadtregierungen zu kontrollieren. Zentrale Anliegen sind freie Wahlen, eine demokratische Verfassung und die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Seit dem 4. Dezember besetzen Bürgerrechtler Dienststellen des MfS, um die Aktenvernichtung zu stoppen. Am 15. Januar folgt schließlich die Besetzung des MfS-Hauptquartiers in Ost-Berlin, die Macht der Stasi ist gebrochen.

### DDR-Volkskammerwahlen: Plebizit für die Einheit

Als am Sonntag, dem 18. März, die Hochrechnungen eingehen, ist die Sensation perfekt: Bei der einzigen freien DDR-Volkskammerwahl votieren 48 Prozent der Wähler für die „Allianz für Deutschland“. Dazu trägt die Ost-CDU rund 41 Prozent bei, die Deutsche Soziale Union (DSU) gut



sechs und die Bürgerrechtspartei Demokratischer Aufbruch (DA) ein Prozent. Die Parteien und Bündnisse der Bürgerbewegung vereinen lediglich rund 27 Prozent der Stimmen auf sich. Davon erhält die SPD 22. Sie war zuvor als Sieger gehandelt worden. Die Liberalen erhalten fünf, die SED-Nachfolgepartei PDS, die sich gegen die Wiedervereinigung ausspricht, 16 Prozent der Stimmen. Entscheidung war die Haltung der Parteien zur Wiedervereinigung. Zwar hatten sich auch die SPD und die Wahlbündnisse der Bürgerbewegung dafür ausgesprochen. Doch die „Allianz für Deutschland“ überzeugte mit ihrem Versprechen,

dieses Ziel schnell und direkt zu erreichen. Zugleich konnte sie auf die Unterstützung der Regierung Kohl verweisen, von der sich viele Ostdeutsche materielle Hilfe versprochen. Am 12. April 1990 konstituiert sich unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) eine Große Koalition aus Allianz, SPD und Liberalen.

### Die Stunde der Diplomatie: Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen

Auf internationalem Parkett wird heftig um die Bedingungen für die Wiedervereinigung gerungen. Als Gorbatschow der Einheit am 10. Februar 1990 im Grundsatz zustimmt, gelingt drei Tage später am Rande einer Außenministerkonferenz der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten in Ottawa die Einigung darüber, wer die Verhandlungen in dieser Frage führt: Die zwei deutschen Staaten mit den vier Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs. Forderungen anderer Staaten, mit am Verhandlungstisch zu sitzen, werden zurückgewiesen. Von Mai bis September werden in vier „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“ das Verfahren und die Konsequenzen einer Wiedervereinigung



verhandelt: Wird sich die NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik auch auf Ostdeutschland erstrecken? Wie wäre dies mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen vereinbar? Unter welchen Bedingungen würden diese abgezogen? Für die Westmächte ist der Verbleib Deutschlands in der NATO Bedingung, für Moskau deren Osterweiterung bis an die polnische Grenze zunächst inakzeptabel. Bundesaußenminister Genscher führt die Verhandlungen für Bonn. DDR-Außenminister ist der Pastor und Bürgerrechtler Markus Meckel, der im Herbst 1989 die ostdeutsche Sozialdemokratie wiedergegründet hatte.

## Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Die Regierung de Maizière steht vor riesigen Herausforderungen. Ihr Wählerauftrag: die Wiedervereinigung schnell, aber verantwortungsvoll zu vollziehen. Zugleich müssen politische Reformen im Land vorangebracht und die Versorgungslage stabilisiert werden. Der Zusammenschluss zweier Staaten mit so unterschiedlicher Verfassung bedarf aufwendiger Vorbereitung. Doch für Ost-Berlin und Bonn wird die Zeit knapp: Jeden Tag packen zweitausend Ostdeutsche die Koffer und ziehen in den Westen. Dort sind die



Aufnahmekapazitäten erschöpft. Demgegenüber sind die Lücken in der DDR kaum mehr zu schließen, die 550.000 Übersiedler seit Sommer 1989 gerissen haben. Die Ostdeutschen werden immer ungeduldiger. Bei Demonstrationen ist der Ruf zu hören: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“ Am 1. Juli tritt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft, die im Grundsatz bereits am 18. Mai beschlossen worden war. Über Nacht hält mit der D-Mark auch die Marktwirtschaft zwischen Elbe und Oder offiziell Einzug. Der DDR-Staatsbesitz soll von der Treuhandanstalt privatisiert werden, deren Errichtung auf einen Beschluss der Regierung Modrow zurückgeht.

### Gesamtdeutsche Solidarität

Im Januar 1990 sprechen sich in Meinungsumfragen 70 Prozent der Westdeutschen für die Wiedervereinigung aus, im Osten Deutschlands sind es im Frühjahr 1985 Prozent. Aus Ost wie West machen sich die Menschen auf, den anderen Teil Deutschlands zu erkunden. Neugier und Freude über das Wiedersehen sind groß. Die Solidarität



beschränkt sich nicht auf das Begrüßungsgeld von 100 DM, das den Ostdeutschen nach dem Mauerfall die Entdeckung des Westens erleichtert. Bundesländer und Kommunen, Parteien, Verbände und Vereine, viele Privatpersonen vereinbaren Partnerschaften. Die Kirchen üben gesamtdeutsche Solidarität. Sie alle unterstützen die demokratische Umgestaltung und den wirtschaftlichen Neuanfang mit Geld, Personal und Sachkunde. Bisher gibt es weder den Begriff des „Besser-Wessis“ noch den des „Jammer-Ossis“. Trotz mancher Warnung und Skepsis erwarten viele alsbald die von Bundeskanzler Kohl versprochenen

„blühenden Landschaften“. Viele Ostdeutsche erfüllen sich lang gehegte Träume: Der Gebrauchtwagenmarkt in Westdeutschland ist leer gefegt. Selbst Gurken, Senf, Milch oder Mehl aus Westdeutschland scheinen zunächst besser zu schmecken als einheimische Produkte, die zu Ladenhütern werden.

### Die neue Freiheit: visafrei bis Hawaii



„Visafrei bis Hawaii“ ist im Herbst 1989 auf Transparenten zu lesen. Spätestens im Sommer 1990 steht für viele DDR-Bürger der erste West-Urlaub an. Nur wenige

schaffen es dabei bis Hawaii, vielmehr stehen die Lüneburger Heide oder die bayerischen Alpen auf dem Programm. Andere nutzen die D-Mark, um mit dem Reisebus nach Paris, London oder Rom zu fahren. Nicht mehr die Obrigkeit, sondern die eigene Unternehmungslust sowie das Bankkonto entscheiden nun, wie weit die Welt offensteht. Eine zehntägige Bustour an die spanische Sonnenküste ist für 400 DM zu haben. Am 3. April landet der erste Interflug-Ferienflieger auf Mallorca. An Bord sind 90 DDR-Bürger, die vom Tourismusminister der Balearen empfangen werden. „Reisefreiheit“ wird von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres“ 1989 gewählt. Während im Sommer die Feriendomizile an der DDR-Ostseeküste leer stehen, buhlen mehr als 1.000 bis dahin neu gegründete Reisebüros um Kunden. Mit dem Feriendienst der DDR-Gewerkschaft wollen die Ostdeutschen nichts mehr zu tun haben. Dieser war bis zum Mauerfall fast alleiniger Tourismusanbieter in der DDR. Sein Versuch, sich in die Marktwirtschaft zu retten, endet rasch im Konkurs.

## Neuanfang: Deutschland und Polen



Polen war das erste Opfer des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs. 1945 zählte das Land 5,65 Millionen Tote bei knapp 35 Millionen Einwohnern im Jahr 1938. Auf Geheiß Stalins wurden seine Grenzen nach Westen verschoben, rund 1,5 Millionen Polen umgesiedelt und die deutsche Bevölkerung vertrieben. Für die Menschen in Polen wurde die neue Grenze längs von Oder und Neiße zur Existenzfrage. 1989 fürchten daher viele von ihnen, Deutschland könne diese Grenze infrage stellen. Über Jahrzehnte

hatten westdeutsche Vertriebenenverbände diese Furcht genährt. Dennoch sprechen sich die Polen 1989/90 für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aus, auch wenn Bundeskanzler Kohl formaljuristisch darauf beharrt, dass erst ein gesamtdeutsches Parlament die Unantastbarkeit der Grenze völkerrechtlich anerkennen könne. Am 21. Juni 1990 verkünden der Deutsche Bundestag und die Volkskammer: „Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig.“ Auch die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen schreiben die deutsche Grenze als endgültig fest. Im November 1990 regeln das vereinte Deutschland und Polen die Unantastbarkeit ihrer Grenze auch völkerrechtlich.

### Zwei-plus-Vier-Vertrag

Die Bündniszugehörigkeit Deutschlands ist die zentrale Streitfrage. Seit Juni zeichnet sich hier ein Einlenken der UdSSR ab. Am 14. Juli fliegt Kohl nach Moskau und von dort gemeinsam mit Gorbatschow in dessen Heimat, den Kaukasus. Bereits vor dem Weiterflug signalisiert der Generalsekretär seine Zustimmung zur gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft. Öffentlich

wird dies am 16. Juli auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Schelesnowodsk. Gorbatschow sichert dort auch den Abzug der sowjetischen Truppen bis 1994 zu. Deutschland verspricht die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, Truppenreduzierung, dauerhaften ABC-Waffen-Verzicht sowie umfassende finanzielle Hilfen.

Mit der Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (Zwei-plus-Vier-Vertrag) durch die sechs Außenminister am 12. September 1990 in Moskau endet für Deutschland die Nachkriegszeit. Mit ihm beenden die Siegermächte

„ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.“

### Ein Staat besiegelt sein Ende

Über den Weg zur deutschen Einheit wird seit Frühjahr 1990 heftig gestritten. Eine Minderheit nimmt die Mütter und Väter des Grundgesetzes beim Wort, die im Artikel 146 vorsahen, dass das Grundgesetz „seine Gültigkeit an dem Tage [verliert], an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Am 23. August stimmt die Volkskammer mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 nach Grundgesetzartikel 23. Es ist die Entscheidung für eine Verfassung, die sich in vier Jahrzehnten bewährt hat und die die Westdeutschen nicht zur Disposition stellen. Am 31. August folgt der in nur acht Wochen ausgehandelte Einigungsvertrag. Er regelt Ände

**DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT**

**ZWEI-PLUS-VIER-VERTRAG**

**D**ie Bundesrepublik Deutsche nach der zweiten Weltkrieg hat sich wieder mit dem Einkreis der DDR als am 14. Juli 1990 nach Wochen und von drei gemeinsamen Gipfeln in diesem Monat, dem Erhabenen. Dieser von dem Vierseitigen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die am 12. September 1990 in Moskau unter der Leitung der sechs Außenminister der vier Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) unterzeichnet wurde. Der Vertrag regelt die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) durch die sechs Außenminister am 12. September 1990 in Moskau unter der Leitung der sechs Außenminister der vier Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) unterzeichnet wurde. Der Vertrag regelt die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) durch die sechs Außenminister am 12. September 1990 in Moskau unter der Leitung der sechs Außenminister der vier Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) unterzeichnet wurde.

Mit dem Eintragsvertrag des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) durch die sechs Außenminister am 12. September 1990 in Moskau unter der Leitung der sechs Außenminister der vier Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) unterzeichnet wurde. Der Vertrag regelt die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) durch die sechs Außenminister am 12. September 1990 in Moskau unter der Leitung der sechs Außenminister der vier Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) unterzeichnet wurde.



rungen im Grundgesetz, Fragen der Rechtsangleichung und der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland, Fragen der Finanzen sowie der Bereiche Arbeit, Soziales, Frauen und Kultur. Strittige Punkte, wie die Festlegung der künftigen Bundeshauptstadt, werden vertrag oder in Zusatzprotokollen geregelt; darunter auch der Zugang zu den Stasi-Unterlagen, den die Volkskammer sowie DDR-Bürgerrechtler durch Hungerstreik im September noch erstritten.

## Gemeinsame Herausforderungen

3. Oktober 1990, 0:00 Uhr: Zur Nationalhymne wird über dem Berliner Reichstag die Fahne des vereinigten Deutschlands gehisst. Mehr als eine Million Menschen feiern gemeinsam die deutsche Einheit, die mit einem riesigen Feuerwerk begrüßt wird. Doch auf die Euphorie folgt Ernüchterung. Trotz westdeutschem Sozialsystem, „Aufbau Ost“ und alljährlicher Milliardenhilfe setzt sich der seit 1989 beschleunigte Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft fort. Massenarbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung prägen die 1990er-Jahre in den neuen Bun-



desländern. Vor noch größeren Herausforderungen stehen die Ostmitteleuropäer. Ihr Neuanfang erfolgt aus eigener Kraft. Sie eint das Ziel, der NATO und der Europäischen Union beizutreten, um die wiedererlangte Souveränität zu sichern. Die damit verbundenen Beitrittskriterien werden zum Reformmotor. In Warschau, Breslau, Prag, Budapest und andersorts weicht das graue Einerlei des Staatssozialismus bald dem pulsierenden Flair von Städten im Aufbruch, in denen vor allem junge Leute die neuen Freiheiten genießen. Währenddessen tobt nach dem Zerfall Jugoslawiens auf dem Balkan von 1991 bis 1995 ein blutiger Bürgerkrieg, dem Europa zunächst wenig entgegensetzt.

## Deutschland in Europa

Seit 2004 sind zehn ostmitteleuropäische Staaten der EU beigetreten. Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 waren damit nicht nur Voraussetzung für die deutsche Einheit, sondern auch für die weitere europäische Integration. Diese wird mit dem Wegfall der Passkontrollen und der Einführung des Euro in den meisten EU-Staaten für jedermann erleb-

bar. Europa und die transatlantische Partnerschaft bleiben die Fundamente deutscher Außenpolitik. Längst sind die Sorgen verstummt, das vereinte Deutschland könne sich von der EU abwenden. Im Gegenteil: Das Land ist nicht nur Motor der EU-Erweiterung und Vertiefung, es stellt sich auch den gestiegenen Erwartungen, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Sei es ökonomisch, etwa in Zeiten der Schuldenkrise, in der Deutschland sich in europäischer Solidarität übt. Oder militärisch: 1999 beteiligt sich die Bundeswehr erstmals an einem Kampfeinsatz, als die NATO im



Kosovo interveniert, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Weitere Einsätze, u. a. in Afghanistan, folgen - nicht ohne heftige innenpolitische Debatten. Der Anspruch, gleichermaßen eine werte- und eine interessengebundene Außenpolitik zu betreiben, bleibt eine Herausforderung.

2003 fast halbiert. Die Infrastruktur ist runderneuert, die Städte sind durchsaniiert, die Abwanderung nach Westen stagniert, ostdeutsche Schüler führen bei Bildungstests. Blüten im Osten nun endlich die Landschaften? Tatsächlich steht die Angleichung der Lebensverhältnisse weiter aus. Im Westen liegt die Arbeitslosenquote bei sechs, im Osten bei zehn Prozent. Wirtschaftskraft und Einkommen erreichen dort nur 70 bzw. 80 Prozent des Westdurchschnitts. Unter Entscheidungsträgern haben Ostdeutsche Seltenheitswert: Kaum ein Chefredakteur mit DDR-Biografie, nur vier von 182 DAX-Vorständen stammen 2014 aus Ostdeutschland. Indes darf der Stand der deutschen Einheit weder schwarz noch weiß gezeichnet werden. Im Vergleich zu vielen Ruhrgebietsstädten sind Teile Thüringens oder Sachsens Boomregionen. Mit dem Wohlstand Süddeutschlands können aber auch sie nicht mithalten. Eines zeigen alle Umfragen: Für die überwältigende Mehrheit aller Bürger ist die Einheit längst eine Selbstverständlichkeit. Deren Ausgestaltung bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe.



## Deutsche Einheit - eine Zwischenbilanz

25 Jahre deutsche Einheit: Der Bundespräsident und die Bundeskanzlerin kommen aus Ostdeutschland. Dort hat sich die Arbeitslosenzahl im Vergleich zu

Dr. Ulrich Mählert, 2015

## **Die Herausgeber**

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trägt mit ihrer Projektförderung sowie vielfältigen eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei.

[www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)

Das Auswärtige Amt ist zuständig für die deutsche Außen- sowie Europapolitik. Es vertritt die Interessen Deutschlands in der Welt, fördert den internationalen Austausch und bietet Deutschen im Ausland Schutz und Hilfe.

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

## **Die Macher**

Autor und Kurator der Ausstellung ist Dr. Ulrich Mähler, der zudem die Abbildungen zusammenstellte. 1968 geboren, Studium der politischen Wissenschaft, Anglistik und Germanistik an der Universität Mannheim, 1994 Promotion. Bis 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Arbeitsbereich DDR-Geschichte. Seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft

und internationale Zusammenarbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte der DDR. Ulrich Mähler ist leitender Herausgeber des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung.

Die Gestaltung der Ausstellung übernahm Dr. Thomas Klemm, 1975 in Dresden geboren, Studium der Geschichte und Kunstpädagogik in Dresden, Leipzig und Padua. 2012 Promotion mit der Arbeit „Keinen Tag ohne Linie? Die kunst- und gestaltungstheoretische Forschung in der DDR zwischen Professionalisierung und Politisierung (1960er- bis 1980er-Jahre)“. Klemm ist Gründungsmitglied des Leipziger Kreises - Forum für Wissenschaft und Kunst, in dem er das Referat Bildende Kunst/ Kunsttheorie leitet, sowie freier Grafiker und Ausstellungsmacher in Leipzig.

## **Bücher zum Thema**

Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München: dtv 2009.

Andreas Rödder: *Geschichte der deutschen Wiedervereinigung*. München: C.H. Beck 2011.

Richard Schröder: *Irrtümer über die deutsche Einheit*. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Freiburg (Br.): Herder 2014.

Andreas Wirsching: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*. München: C.H. Beck 2012.

### ***Deutsche Einheit im Internet***

Chronik der Ereignisse mit kurzen Texten, Fotos und Dokumenten: [www.freiheit-und-einheit.de](http://www.freiheit-und-einheit.de)

Umfangreiches Dossier „Deutsche Teilung Deutsche Einheit“: [www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit)

Videointerviews mit Zeitzeugen: [www.gedaechtnis-der-nation.de](http://www.gedaechtnis-der-nation.de)

### ***Danksagung***

Dank gilt Landtagsvizepräsident a.D. Dr. Alfred Geisel, auf dessen Initiative die Ausstellung gezeigt wurde und dessen Einführungsreferat zur Ausstellungseröffnung Anlass für diese Broschüre war.

Ebenso sei Dr. Ulrich Mähler, der seine Ausstellungstexte für diese Publikation unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, herzlich gedankt.

Der Kreissparkasse Ostalb gilt mein Dank für die Übernahme der Druckkosten dieser Broschüre.

 **Kreissparkasse  
Ostalb**



Landratsamt Ostalbkreis  
Stuttgarter Straße 41  
73430 Aalen  
Telefon 07361 503 1247  
[www.ostalbkreis.de](http://www.ostalbkreis.de)